

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Konkordiastr. 7. Fernruf 4423. Teleg. Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

## Vertrauen!

Und wenn die Welt voll Feinde wär  
Und wollt uns gar verschlingen,  
So fürchten wir uns nicht so sehr,  
Gott läßt es uns gelingen.  
Er läßt uns nimmermehr im Stich  
In Sturm und Kampfgetöse,  
Durch schwere Zeit fährt sicherlich  
Er uns zu Kraft und Größe.

## Rückblick und Ausblick.

Als das nunmehr hinter uns liegende Jahr 1914 seinen Lauf antat, herrschten in der deutschen Textilindustrie nicht gerade die besten Verhältnisse. Vor allem im Woll- und Baumwollgewerbe ging es allenthalben sehr schlecht, und die Arbeitslosigkeit hatte eine vorher kaum gekannte Höhe erreicht. Erst in den letzten Monaten der ersten Jahreshälfte machte sich eine kleine Besserung bemerkbar. Der schlechte Geschäftsgang beeinträchtigte natürlich die zahlenmäßige Entwicklung unserer christlichen Textilarbeiterorganisation; die Mitgliederzahl ging weiter zurück, bis der Rückgang in den ersten Monaten des dritten Quartals zum Stillstand kam und voraussichtlich in einen Aufschwung umgeschlagen, wenn nicht der Krieg dazwischen gekommen wäre. Die Vermögensverhältnisse des Verbandes verbesserten sich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres etwas. Der Bestand der Zentralkasse stieg von rund 616000 Mark Ende des ersten Quartals auf rund 647000 Mark Ende des zweiten Quartals 1914. Im allgemeinen jedoch entwickelten sich die Kassenverhältnisse während des genannten Zeitraumes nicht befriedigend. Einem Sinken der Einnahmen vom ersten zum zweiten Quartal infolge der verringerten Mitgliederzahl stand ein nicht unerhebliches Steigen der Ausgaben gegenüber, sodaß sich die für September geplante Generalversammlung mit durchgreifenden Reformen zur Beschränkung der Ausgaben beschäftigen sollte. Der Kriegsausbruch hat auch das verhehert.

Wenn auch das Verniederliegen des Geschäftsganges in den ersten Monaten des vergangenen Jahres größere Lohnbewegungen und Kämpfe verhinderte, so war nichtsdestoweniger die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch im vergangenen Jahre groß und erfolgreich. Vor allem der Abwehr von Verschlechterungsversuchen hat der Verband, im vergangenen Jahre eine sehr erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, aber auch direkte Angriffsbewegungen mit Erfolg führen können, ein Beweis, daß die gewerkschaftliche Berufsorganisation auch in schlechten Wirtschaftszeiten notwendig und nützlich ist. Besonders erfreulich ist, daß die Durchsetzung des Tarifvertragsgedankens in der Textilindustrie auch im vergangenen Jahre Fortschritte machte, denn wir haben in mehreren Bezirken mit einzelnen Arbeitgeber oder mit deren Organisationen langfristige Tarifverträge abschließen können. Andererseits hat es auch nicht an Versuchen von Unternehmern gefehlt, sich während der schlechten Konjunktur des lästigen Vertrages zu entledigen und schlechtere Arbeitsbedingungen einzuführen. Wo die Arbeitererschaft genügend stark organisiert war, haben wir solche Versuche immer zum Scheitern gebracht. Im Laufe der Industriekämpfe waren wir mit mehreren hundert Mitgliedern an einem großen Kampfe beteiligt, den der „deutsche“ Verband führte. Wir waren zu Anfang der Bewegung von ihm von einer gleichberechtigten Mitarbeit ausgeschlossen worden, er konnte es jedoch nicht verhindern, daß wir später an den Verhandlungen dennoch mit teilnahmen und dabei in einem hohen Maße wirken konnten,

daß es selbst dem „deutschen“ Verbandsrecht genehm und gelegen kam. Die Bewegung fand durch den Kriegsausbruch einen ungelösten Abschluß.

In unserer Verbandsarbeit brachte der Kriegsausbruch einen jähen Umschwung. Die wichtigsten Vorbereitungen für die Verbandsgeneralversammlung waren erledigt und alle Verhältnisse berechneten zu der Annahme, daß diese Tagung zu einer außerordentlich bedeutsamen und glanzvollen in der Verbandsgeschichte geworden wäre, die den Aufschwung zu einer neuen, guten Entwicklung der Organisation gegeben hätte. Die ersten Arbeiten zur Durchführung einer großartigen Branchenaugmentation waren bereits geleistet. Neue gute Ansichten und frisches Leben zeigten sich in allen Bezirken. Allem setzte der Krieg ein Ende. Die meisten Fabriken lagen in den ersten Kriegswochen ganz still oder arbeiteten mit wesentlich eingeschränkter Erzeugung. Die Arbeitslosigkeit stieg ins Unermessliche, sodaß sich die Verbandsleitung gezwungen sah, die Unterstützungseinrichtungen außer Kraft zu setzen und besondere Kriegsnotstandsunterstützungen einzuführen, weil anders der Verband nach wenigen Wochen am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt gewesen wäre. Diese Maßnahmen haben sich gut bewährt, was heute auch die Mehrzahl der Mitglieder eingestehen muß. Nun haben sich im Laufe der letzten Monate die Verhältnisse in den meisten Industriezweigen wesentlich gebessert, sodaß man heute für Teile der Textilindustrie von einer Hochkonjunktur reden kann. Die Aufträge der Militärverwaltung gehen



Kolleginnen und Kollegen, die Ihr noch Arbeit und Verdienst habt, veracht Eure darübenden Schweigern! Seid nicht! Zahlt gern und willig Verbandsbeiträge! Denkt daran, daß diese ganz zur Vinderung der Not der vollständig arbeitslos gewordenen Verbandsmitglieder verwendet werden. Sorgt dafür, daß der Verband in der Lage ist, die bisher bezahlte Unterstützung den ganzen Winter hindurch gewähren zu können. Hebt echte Solidarität! Beweist durch die Tat, daß diese große Zeit auch in uns kein kleines Geschlecht gefunden hat.



in die vielen Millionen, und es ist ein gutes Zeichen und sehr erfreulich, daß sich die meisten Textilfabriken so schnell und gut in die neuen Verhältnisse, die zum Teil einen vollständigen Umschwung in der Organisation und Technik der Erzeugung verlangten, eingefunden haben. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Monaten wesentlich nachgelassen. Groß ist sie immer noch in der Seiden- und Samtindustrie und sie nimmt zu im Futtegewerbe. Die deutsche Futteindustrie leidet in wachsendem Maße unter dem Rohstoffmangel. Wie sich die Dinge in den übrigen Gewerben für die Zukunft gestalten werden, läßt sich nicht voraussagen. Werden die Heeresaufträge anhalten? Werden wir genügend Rohstoffe bekommen? Das sind unentschiedene Fragen. Bemerkenswert ist, daß schon in einigen Gewerben, vor allem in solchen, die hauptsächlich wollene Strickwaren herstellen, Stimmen über Nachlassen der Aufträge laut werden. Von der ferneren Gestaltung des Beschäftigungsgrades wird es auch abhängen, ob unser Verband seine Satzungen wieder in der alten Form zur Geltung bringen kann.

Der Krieg hat in die Reihen unserer Verbandsmitglieder große Lücken gerissen. Rund 3 1/2 Tausend Verbandskollegen stehen im Felde; die Zahl wächst fast mit jeder Woche. Unter den Eingezogenen befinden sich viele Vertrauensmänner, Vorstände, Vorstandsmitglieder und 12 Beamte. Von unseren Mitgliedern waren bis Ende Dezember bereits 130 gefallen. An ihrem Heldengrabe wollen wir ihrer und ihrer großen Opfer gedenken und das Ergebnis anlegen, wie sie treu zur Sache der Arbeiterschaft und unseres Vaterlandes zu stehen und, wenn es muß, eine selbst das größte Opfer zu

bringen. Infolge der vielen Einberufungen war in einzelnen Ortsgruppen die Verwaltungsarbeit arg ins Stocken geraten. Dank dem freundigen Einspringen vieler opferwilliger Mitglieder geht jetzt fast überall die Sache wieder ihren geregelten Gang, allerdings nicht, ohne daß einige Kolleginnen und Kollegen eine Menge Mehrarbeit übernommen haben. Ihnen sei auch an dieser Stelle herzlich dafür gedankt. Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß zunächst viele Mitglieder mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes nicht bloß recht unzufrieden waren, sondern auch ihrer Unzufriedenheit durch Verweigerung der Beitragsleistung Ausdruck gaben. Selbst solche Mitglieder verweigerten und verweigern zum Teil heute noch die Beitragsentrichtung, die voll oder gar mit Ueberstunden arbeiten, obwohl sämtliche Beiträge zu Unterstützungszwecken verwendet werden. Das zeigt doch, daß man nicht schon Gewerkschaftler ist, wenn man seine Beiträge entrichtet, und daß man auch noch längst nicht solidarisch denkt und sozial gesonnen ist, wenn man einem Berufsverbände angehört. Der Eigennutz dieser Mitglieder steht dem Eigennutz der Leute aus den anderen Ständen, die sich an den Kriegsoffern vorbeizudrücken und gar aus der Not des Volkes Niemen zu schneiden versuchen, nicht viel nach. Daß die Verbandsleitung mit ihren Kriegsnotstandsmaßnahmen das Nichtigste getroffen hat, sehen heute doch die meisten Mitglieder ein. Tatsächlich hat unser Verband an Fürsorgemaßnahmen für unsere Kollegen im Felde und deren Familien und für die Arbeitslosen mehr getan, als einer der Konkurrenzverbände. Wir haben Arbeitslose, die mehr an Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, als ihnen nach den Verbandsstatuten zugestanden hätte.

Der Krieg hat die Tätigkeit der Arbeiterberufsverbände nicht lahmgelegt, sondern sie noch gesteigert, aber ganz neuen Wegen und zum Teil vollständig neuen Gebieten zugewiesen. Das gilt hinsichtlich der Unterstützungseinrichtungen der Verbände; was in der Frage der Lebensmittelversorgung, des Miet- und Wohnungswezens, der staatlichen und gemeindlichen Unterstützungseinrichtungen, der Arbeitsbeschaffung usw. von den Organisationen geleistet worden ist, kann hier nicht einmal angedeutet werden, findet aber leider bei vielen Gewerkschaftlern nicht genügend Würdigung. Unser Verband hat bei dieser Arbeit nirgends gefehlt. Daneben galt es, durch geeignete Maßnahmen Lohnverschlechterungen, Maßregelungen usw. zu verhindern und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis zu erzielen. Auf allen diesen Gebieten war die Tätigkeit unserer Organisation während des Krieges groß und erfolgreich. Es ist bezeichnend für den Geist mancher Arbeitgeber, daß sie die Kriegsnot ausnutzten, um sich an Arbeitern wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu rächen. Wir haben in unserem Verbandsverbande mehrere solcher Fälle zu verzeichnen gehabt. Leider verbieten es uns die Umstände, gegen solche Arbeitgeber so vorzugehen, als sie es eigentlich verdient hätten. Auf der anderen Seite soll jedoch auch nicht verschwiegen werden, daß sich erfreulicherweise auch zahlreiche Arbeitgeber in dieser Zeit nobel und gerecht gegenüber den Arbeitern benommen haben.

Noch ein erfreuliches Kriegsergebnis können wir buchen. Das furchtbare Ereignis, das über Deutschland hereingebrochen ist, hat die Menschen und Stände einander näher gebracht und mit manchem Vorurteil und vielen anderen, der Arbeiter Sache hinderlichen Dingen aufgeräumt. Wir standen zu Beginn des verfloffenen Jahres noch unter dem Eindruck des dritten Deutschen Arbeiterkongresses, der eigens die Aufgabe hatte, die Pläne des „Bundes der schaffenden Stände“ hinsichtlich der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und der Sozialpolitik zuzuschanden zu machen. Nun ist in dem Kriege der Arbeiterschaft ein mächtiger Verteidiger entstanden. Nicht nur hat er gezeigt, daß all die der Gewerkschaft und der Sozialpolitik nachgesagten schlechten Eigenschaften gar nicht vorhanden sind, sondern auch, daß wir in diesen Einrichtungen positiv schaffende



Kräfte für Deutschlands Macht und Größe besitzen. Der Krieg hat auch gezeigt, wie berechtigt es war, als auf dem dritten Deutschen Arbeiterkongress auf die großen Mängel in unserer Lebensmittelversorgung so nachdrücklich und eindringlich hingewiesen wurde. Er hat uns ferner den „Burgfrieden“, ein friedliches Verhältnis unter den einzelnen Parteien und Arbeiterorganisationen gebracht. Möge es so bleiben. Wir wollen den „Burgfrieden“ nicht als ein von der Militärverwaltung uns auferlegter lästiger Zwang auffassen, sondern als ein sittliches und nationales Gebot, und was an uns liegt soll geschehen, daß die Ausstrahlung der nun einmal nicht megzuschaffenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten nicht wieder in der früheren häßlichen Weise erfolgt, die dem deutschen Volke und vor allem der Arbeiterschaft unberechenbaren Schaden zugefügt hat. Der Krieg hat mit vielem ausgesöhnt und gelehrt, daß doch alle Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gering an Bedeutung sind im Vergleich zu der Sorge um das Schicksal unseres gemeinsamen Vaterlandes.

Was wird uns das neue Jahr bringen? Wir wissen es nicht. Aber dennoch treten wir den neuen Zeitabschnitt mit großer Zuversicht an. Wir gebeten unserer Mitglieder im Felde und auf dem Meere und der gefallenen Kollegen und versprechen, wie sie unsere Pflicht zu tun ganz und gar. Und in unser aller Herzen wohnt die Hoffnung, daß ein ehrenvoller Friede bald komme und uns die Möglichkeit bringe, in einem neuen freien Vaterlande für eine erneuerte größere christlich-nationale Arbeiterbewegung leben und streben zu können als freie Arbeiter.

### Die Arbeiterschaft und das Kriegsziel.

I

Für Deutschland ist dieser Krieg kein Eroberungskrieg. „Uns treibt nicht Eroberungssucht, uns befeht der unbegrenzte Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat für uns und für die kommenden Geschlechter.“

So der Kaiser in seiner Thronrede zur Eröffnung der Kriegssitzung des Reichstages vom 4. August 1914. Und in derselben Sitzung sagte der Reichskanzler:

„Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. ... Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf. Wir kämpfen um die Frucht unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Volke sagte, daß wir gerüstet sein müßten, um die Erzeugnisse von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen.“

Seit Jahren haben unsere verbündeten Feinde planmäßig auf diesen großen Schlag hingearbeitet. Er mußte kommen, wenn sich nicht die deutsche Nation langsam erdroffen lassen oder wenn sie nicht an Atemnot allmählich dahinsinken wollte. Der Fürstentum von Sarajewo bildete nur einen äußeren Anlaß zur Entfaltung des Weltbrandes, für den die Mächte des Dreiverbandes seit Jahren die Brennstoffe zusammengetragen hatten. Es geht um das Ganze. Die Vernichtung Deutschlands als Welt- und Wirtschaftsmacht ist das Ziel dieses Krieges. Es allein leitet die Mächte des Dreiverbandes zusammen, denn eine andere Gemeinschaft findet dieser Verband weder in der Sprache, Rasse oder Kultur, noch in der Geschichte, am allerwenigsten in den einzelnen staatlichen Zielen.

Frankreich hat den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht vergessen und nicht verschmerzen können. Die Wiedergewinnung dieser schönen und reichen Länderstriche ist die Sehnsucht des französischen Volkes bis auf den heutigen Tag geblieben. Sie wurde genährt und gestärkt durch eine von gewissenlosen Demagogen planmäßig betriebene Deutschenhetze, die alles Uebelwollen gegen Frankreich als von Deutschland ausgehend, die Deutschland als das A und O aller politischen Schlechtigkeiten und als einen unerfährlichen Räuberräuber dem Volke vormachte. Es hat gewiß nicht an gegenseitigen Bemühungen gefehlt, an Versuchen ernsthafter französischer Männer (wir erinnern nur an Jaurès), der gefährlichen Stimmung und Strömung entgegenzuwirken und dem Nationalismus des Volkes eine andere, kolonialpolitisch orientierte Richtung zu geben. Aber alle Versuche sind ebenso gescheitert wie die deutschseits wiederholt gezeigten Bemühungen, mit Frankreich zu einem besseren Verhältnis zu gelangen. Auf dem Gebiete des Handels- und Wirtschaftslebens, der Technik, des Verkehrs, des Gewerkschafts- und Parteilebens, der Kunst und Wissenschaft sind die Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volke im Laufe der Jahre immer enger und mannigfaltiger geworden, bürgerliche Gruppen und Sozialisten haben Annäherungs- und Friedensumgebungen veranstaltet. Aber was hat's genutzt? Die deutschfeindliche Bewegung lebte in Frankreich in wachsendem Maße fort, führte zum Bündnis mit Rußland, ipornte immer wieder zu neuen Kolossalen, die Kräfte des Volkes fast übersteigenden militärischen Lasten an und wurde somit zum Brandstifter, der die halbe Welt in Flammen setzte.

Sedoch sind mit der Wiedergewinnung des verlorenen Elsaß die Absichten weiter Kreise des französischen Volkes

nicht erschöpft. In den Köpfen und Herzen der französischen Imperialisten lebte der Traum von einem größeren europäischen Frankreich, von der Wiederaufrichtung des ersten Napoleonischen Kaiserreichs, der Angliederung der ganzen linken Rheinseite und der vollständigen Zerstückelung Deutschlands, um die unbedingte Vorherrschaft Frankreichs in West- und Mitteleuropa zu sichern. Ein starkes Deutschland in Mitteleuropa steht den Plänen der französischen Imperialisten im Wege und alle Kriege, mit denen Frankreich im Laufe von mehr als hundert Jahren Preußen oder Deutschland überzog, sind darauf gerichtet gewesen, die fremde Macht neben sich zu vernichten oder in ihrem Aufstieg zu behindern. Mügen diese Gedanken weniger ins Volk gedrungen sein, die führenden Männer Frankreichs beherrschen sie und in diesem Sinne meinte es auch der französische Ministerpräsident, der ehemalige Sozialist Viviani, als er vor einigen Tagen in der Kammer sagte, „Frankreich kämpfte um den Frieden Europas“.

Die Pläne der russischen Machthaber sind in erster Linie auf eine Zertrümmerung unseres Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn gerichtet.

Das Ziel der russischen Kriegsheher, das auch in weiteren Volkskreisen Anklang und Boden findet, ist von jeher die Verwirklichung des panslawinistischen Gedankens, das heißt die politische Einigung aller Slawen unter russischer Führung und Herrschaft gewesen. Die Balkanpolitik Rußlands ist unter diesem Gesichtspunkte zu beurteilen. Unserem Bundesgenossen gehen diese Pläne direkt an die Lebensader. Die gänzliche Beherrschung des Balkans durch Rußland würde nicht nur eine ständige Bedrohung der österreich-ungarischen Grenzen, sondern die Gefahr einer schließlichen Erdrückung der Donaumonarchie bedeuten. Hinzu kommt, daß Oesterreich-Ungarn selbst sehr stark slawisch durchsetzt ist und große und wichtige Länderstriche mit rein slawischer Bevölkerung aufweist. Rußlands panslawinistisches Ziel ist nur auf dem Wege einer Zertrümmerung der militärischen und politischen Macht Oesterreich-Ungarns und einer Aufteilung dieses Staates zu erreichen. Tatsächlich haben Rußland und sein Vasall Serbien seit langem im Geheimen und Offenen auf eine Losreißung der slawischen Ländergebiete von Oesterreich-Ungarn hingearbeitet. Da der Zweck mit den bisher betriebenen Mitteln nicht zu erreichen war, soll er mit Hilfe der Waffengewalt erzwungen werden.

Mit diesem Panslawinismus verbindet Rußland die fernere Absicht, einen besseren Weg zum offenen Meere hin zu erlangen. In seinen wichtigsten, volkreichsten und handelsstärksten Grenzen hat Rußland so gut wie gar keinen freien Ausgang zu den europäischen Gewässern und dem großen Meere. Ein Blick auf die Landkarte zeigt das. Bezüglich seines wichtigsten Handelsplatzes Odessa, am Schwarzen Meere, dem bedeutendsten Verschiffungsplatz für Getreide, ist es auf die Gnade der Türkei angewiesen, die durch eine Sperrung der Dardanellenstraße den Schiffs- und Handelsverkehr Rußlands von Odessa aus einfach lahmlegen kann. Im Osten nach Japan hin und im Nordwesten oben im Weißen Meere sind die russischen Handelshäfen in der Regel von Oktober-November bis in die späten Wintermonate hindurch festgefroren, so daß ein Schiffsverkehr gar nicht oder doch nur sehr schwer stattfinden kann. Am fühlbarsten aber für Rußland ist die Abhängigkeit von der Türkei in Bezug auf den Handels- und Kriegsschiffsverkehr des Schwarzen Meeres, das tatsächlich nur ein Binnen-gewässer ist. Darum auch die wiederholten Kriege mit der Türkei, mit dem Endziele, Konstantinopel, damit die Dardanellen, den Weg ins Mitteländische Meer und die Brücke, die Europa mit den reichen Länderstrichen Kleinasiens verbindet, in die Hand zu bekommen. Gelänge das den Russen, so hätten sie eine außerordentlich wichtige Stellung im ganzen Weltverkehr und einen gewaltigen Vorteil über alle europäischen Mächte errungen.

Es wäre nun ganz falsch, zu glauben, daß wir dann ja in diesem Kriege gegenüber Rußland lediglich die Skapanien Oesterreich-Ungarns und der Türkei aus dem Feuer holen müßten. Vor allem nicht! Die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns wäre auch der Anfang vom Ende Deutschlands und auch in Bezug auf die Türkei stehen Lebensinteressen Deutschlands auf dem Spiele. Bezüglich der Türkei soll das später noch begründet werden. Bezüglich unseres Bundesgenossen sei nur folgendes gesagt: Läge er verrückt am Boden, dann würde Deutschland bald an die Reihe kommen. Wir ständen dann, beneidet und verhaßt, allein in der Welt da und vermühten uns dem russischen Ansturm auf die Dauer nicht zu halten. Zum mindesten müßten wir bei einem unglücklichen Ausgang dieses Krieges mit dem Verlust ganz wichtiger Ländergebiete im Osten rechnen, mit der Preisgabe des industriereichen Schlesiens, weiter nördlich der Gebiete westlich der Weichsel bis nach Danzig hin. Welch ungeheuren Verluste das bedeuten würde, zeigt ein Blick auf die Landkarte.

Wir müssen an der Seite unseres Bundesgenossen Rußland militärisch niederringen, niederringen, wenn nicht schließlich ganz Europa unter osmanischen und zaristischen Einfluß kommen, wenn nicht die

russische „Kultur“ sich weit über Europa ergießen soll. Heute können wir den russischen Polack noch zertrümmern. Wie aber wird's nach Jahrzehnten sein? Rußland bildet eine wachsende Gefahr. Hören wir, was der bekannte Weltpolitiker Rohrbach darüber sagt:

„Vergessen wir nicht: Rußland hat etwa 170 Millionen Einwohner und sein Acker trägt auf der Flächeneinheit ein Viertel bis ein Drittel des deutschen. Er könnte aber seiner natürlichen Fruchtbarkeit nach daselbe und selbst mehr tragen, als das unsrige, und irgend einmal wird auch in Rußland der Ackerbau soweit vorgeschritten sein, daß er annähernd soviel leistet. Was dann? Dann wird Rußland ohne Mühe 300 Millionen besser ernähren, als heute die 170, und dann wird der Augenblick da sein, wo wir die Ueberlegenheit der Zahl nicht mehr durch höhere Leistungsfähigkeit werden ausgleichen können.“

Das Wachstum der russischen Kräfte durch die Zunahme der landwirtschaftlichen Erträge vom Boden kann wohl verzögert, aber nicht dauernd aufgehalten werden. Es wird sich auch durch alle denkbaren politischen und wirtschaftlichen Krisen Rußlands hindurch früher oder später doch mit Naturnotwendigkeit vollziehen und das heißt nichts anderes, als daß Rußland in dreißig oder vierzig oder fünfzig Jahren, jedenfalls binnen einer Zeit, mit der heute politisch gerechnet werden muß, eine Volkszunahme erleben wird, die es zur absolut stärksten Macht in Europa heranwachsen lassen wird. Die russische Wachstumsquote beträgt heute schon einhalb Millionen Menschen jährlich. In fünfzig Jahren wird sie auf zwei, und in fünfundsiebzig auf mindestens drei Millionen jährlich gestiegen sein. Es braucht also kaum ein halbes Jahrhundert zu vergehen, bis wir mit einem Dreihundertmillionen-Rußland rechnen müssen. Diese gewaltige Menschenzahl wird zu ihrer Ernährung nur einer solchen Verbesserung im Ertrage des russischen Acker bedürfen, daß er auf der Flächeneinheit ebenso viel herbeibringt, wie der im Durchschnitt weniger fruchtbare deutsche Boden in den siebziger Jahren des verflorenen Jahrhunderts tat, vor dem Beginn des großen landwirtschaftlichen Meliorationszeitalters, in dem wir uns noch heute befinden. Die industriellen Fortschritte des zukünftigen Rußland verstehen sich daneben von selbst und können, ebenso wie die agrarischen, durch Krisen welcher Art auch immer, nur vorübergehend in Frage gestellt werden.“

Rußland bietet also eine ernsthafte Gefahr für den Frieden und die Kultur Europas und es ist bezeichnend, daß sich England und Frankreich, die sich gern als die Kulturträger und Kulturtüter Europas hinstellen, mit diesem Lande der Halbwildheit verbunden haben. Wir wissen jetzt, warum.

Ueber die Kriegsabsichten Englands in einem folgenden Artikel.

### Soziale Kriegsmassnahmen.

Die christlichen Gewerkschaften Badens haben dem Großherzoggl. Staatsministerium folgende Wünsche unterbreitet: In der Frage der Kartoffelversorgung die vorhandenen Vorräte feststellen zu lassen und für den Kleinhandel, entweder für den ganzen Bereich des Großherzogtums oder — falls diesem größere Schwierigkeiten entgegenstehen — für die einzelnen Bezirksamter, Höchstpreise zu bestimmen. Soweit Produzenten und Händler diesen Anordnungen nicht Rechnung tragen oder ihre Ware zurückhalten, sollte zwangsweiser Verkauf der Vorräte angeordnet werden.

Höchstpreise für den Handel für Mehl und Brot festzulegen. Auch wäre wünschenswert, daß bei Brot nach Gewicht, Sorten und Preis in den Verkaufsstellen, nach außen ersichtlich angebracht werden.

Die Großherzoggl. Regierung möge beim Bundesrat dahin wirken, daß

1. die Beschlüsse, den Zuckermarkt betreffend, einer Revision dahingehend unterzogen werden, daß die Preise den Wünschen der Konsumenten besser Rechnung tragen;
2. die halbmonatlichen Zuschläge auf die Getreidehöchstpreise in Wegfall kommen und
3. auch für Kohlen die Festsetzung von Höchstpreisen in Erwägung gezogen wird;
4. zu veranlassen, daß die Bezirksamter und größeren Stadtverwaltungen Lebensmittelämter errichten und in denselben den Konsumenten und Produzenten eine Vertretung einräumen;
5. Maßnahmen zu treffen, damit vermehrte Arbeitsgelegenheit geboten wird;
6. die Gemeindeverwaltungen zu veranlassen, unter Hinweis auf die vom Reichstag am 2. Dezember bewilligten Mittel eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Auch könnte die Großherzoggl. Regierung nach dem Vorgehen des Königl. Staatsministeriums solchen Gemeinden, die die Arbeitslosenunterstützung zur Einführung bringen oder bereits durchgeführt haben, ebenfalls Mittel aus der Staatskasse zur Verfügung stellen;
7. weiterhin zu veranlassen, daß die Kreise, Bezirke höhere Zuschläge an die Mittellosen oder minderbemittelten Angehörigen der im Kriegsdienste Stehenden gewähren. Zur Durchführung dieser Maßnahmen dürften eben den vom Reiche bewilligten Mitteln noch solche aus der Staatskasse bereitgestellt werden.

In der der Eingabe beigegebenen Begründung wird ausgeführt:

Zu 1: Von der Arbeiterschaft wird anerkannt, daß der Bundesrat mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Kartoffeln den ernsten Willen bekundete, die Konsumenten vor allzu hohen Preisen zu schützen.



Sollen die getroffenen Maßnahmen ihren Zweck erreichen, so nur dann, wenn auch Höchstpreise für den Kleinhandel festgesetzt werden. Da die Kartoffelerzeugung den Verbrauch nicht vollständig decken dürfte, sollte von der Großherzogl. Regierung für eine vermehrte Zufuhr Sorge getragen werden.

Zu 2: Bekanntlich wird in Deutschland mehr Zucker hergestellt, als der deutsche Markt aufnehmen kann. Es hat unter den Verbrauchern großen Unwillen hervorgerufen, daß teilweise durch die Maßnahmen der Reichsbehörden, trotz der Ausfuhrbeschränkung, der Zucker im Preise sehr wesentlich gestiegen ist.

Zu 3: Durch die Festsetzung der halbmonatlichen Zuschläge auf die Höchstpreise bei Getreide ist unter den Arbeitern die Meinung verbreitet, daß dadurch die Zufuhr dieses Produktes auf den Lebensmittelmarkt ins Stocken geraten ist. Diese Meinung ist auch in den Kreisen des Mehlhandels und der Bäcker vorhanden, und es wird damit die Steigerung der Brot- und Mehlpreise begründet.

Zu 4: In den letzten Jahren waren mit kleinen Unterbrechungen fast ständige Erhöhungen der Kohlenpreise zu verzeichnen. Trotz den nach dem Kriege erlassenen Kohlenausfuhrverboten und trotzdem sich die Förderungskosten nicht erhöht haben dürften, sind die Kohlen nicht nur dieses Jahr wesentlich teurer, sondern das Kohlenprodukt hat auch schon für nächstes Jahr eine weitere Steigerung beschlossen.

Zu 5: Die gewünschten Lebensmittelämter sollen die Markt- und Bezugsbedingungen überblicken, die Regelung der Lebensmittelzufuhr anbahnen, eine Preiskontrolle ausüben und Vorschläge für festzusetzende Höchstpreise auf solchen Waren zu machen, die von der allgemeinen Festsetzung nicht betroffen werden.

Zu 6: Soweit nicht der Arbeitslosigkeit durch vermehrte Arbeitsgelegenheit entgegenzuwirken werden kann, wie dies bei allen Arbeitern und Arbeiterinnen zutrifft, deren Berufstätigkeit eine größere Handfertigkeit erfordert, müßte in höherem Maße durch Unterstützungen größerer Art vorgebeugt werden. Dies ließe sich jetzt um so leichter ermöglichen, als auch vom Reiche hierfür Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Nachdem das Königreich Sachsen und einige weitere Bundesstaaten zu diesem Zwecke Mittel gewähren, dürfte auch die Großherzogliche Regierung diesen Weg beschreiten, umso mehr, als ja die zweite badische Kammer in ihrer letzten Tagung eine bestimmte Summe hierfür bewilligt hat.

Zu 7: Nachdem allgemein auch, auch seitens der Staatsregierung, anerkannt werden dürfte, daß die gesetzlich festgelegte Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer zu niedrig ist, so wäre es begrüßenswert, wenn die Großherzogl. Regierung dahin wirken würde, daß eine Erhöhung dieser Sätze allgemein zur Durchführung käme. Außer den vom Reiche bewilligten Beträgen dürften auch von der badischen Staatskasse Mittel bereitgestellt werden.

Eine Eingabe des Ortskartells Eiberfeld an die dortige Stadtverwaltung, an den Regierungspräsidenten und an den kommandierenden General des VII. Armeekorps befaßt sich mit den brennendsten Fragen der Lebensmittelversorgung; sie fordert die Ausdehnung der gesetzlichen Höchstpreise auf die bisher noch nicht erfaßten Massenahrungsmittel sowie Höchstpreise für den Kleinhandel in Mehl und Kartoffeln, desgleichen die Beschlagnahme derjenigen Lebensmittel, die von den Produzenten oder Händlern zu spekulativen Zwecken festgehalten werden.

Das Gewerkschaftskartell Fulda erhebt in einer Eingabe an den Magistrat und an das Landratsamt die Forderung, durch Festsetzung für den Kleinhandel in Kartoffeln einer unberechtigten Verteuerung dieses notwendigsten Nahrungsmittels vorzubeugen. Vom Kartell der christlichen Gewerkschaften in Augsburg wurde eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet betreffend eine Reform der bisherigen unzulänglichen Arbeitslosenfürsorge. Da Augsburg mit seiner Textilindustrie von den Kriegswirkungen besonders getroffen wird, ist dort eine durchgreifende Fürsorge für die Arbeitslosen dringend notwendig.

### Zehn Kriegsgebote.

Kauft nur in den Geschäften, wo die Waren am billigsten und am besten sind! Prüft und vergleicht, bis Ihr die richtigen Quellen gefunden habt!

Wiegt, meist oder zählt alle gekauften Waren nach, damit Ihr Euch vor Schwinden bewahren könnt.

Meidet den Alkohol! Das, was zur Herstellung von Schnaps und Bier verwandt wird, bedürfen wir notwendig für die menschliche Ernährung.

Seid ehrerbietig gegen das tägliche Brot, dann werdet Ihr es immer haben, mag der Krieg noch so lange dauern. Erzieht dazu auch Eure Kinder.

Berachtet kein Stück Brot, weil es nicht mehr frisch ist. Schneidet kein Stück Brot mehr ab, als Ihr essen wollt. Denkt immer an unsere Soldaten im Felde, die oft auf vorgegebenem Posten glücklich wären, wenn sie das Brot hätten, das Ihr vielleicht verschwendet.

Esst Kriegsbrot; es ist durch den Buchstaben K kenntlich. Es sättigt und nährt ebensogut wie anderes. Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.

Verzichtet auf jegliches Feingebäck. Auch dann, wenn Ihr glaubt, daß Euer Geldbeutel Euch den Genuß wohl einmal gestattet. Wir brauchen das Mehl jetzt dringend zu andern notwendigen Nahrungsmitteln.

Wer Kartoffeln erst schält und dann kocht, vergeudet viel. Rührt darum die Kartoffeln in der Schale, Ihr spart dadurch.

Seid sparsam mit allen Lebensmitteln, damit die Hoffnung unserer Feinde, die uns aushungern wollen, zuschanden wird! Speisenauffälle, die Ihr nicht mehr verwerten könnt, werft nicht fort, sondern sammelt sie als Futter für das Vieh.

## Allgemeine Rundschau.

### Der Krieg als Erzieher.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 26 1914) gibt in einem Rückblick auf die Kriegstagung des Reichstages vom 2. Dezember einen Teil der Ausführungen des Reichstagslers wieder und bemerkt im Anschluß daran: „Auch wir schließen uns dem Wunsche an, daß der Krieg mit dem Wust von Vorurteilen und Mißtrauen aufräumen möchte, unter dem der Arbeiterstand schwer zu leiden und zu kämpfen hat. Die Kritiker unserer deutschen Sozialpolitik werden durch den Gang dieses Krieges schon ins Unrecht gesetzt, denn es ist eine unbestrittene Tatsache, daß unser im Feld kämpfendes Heer seine Gesundheit, Tatkraft, Disziplin und seinen Ordnungssinn nicht zuletzt der deutschen Sozialpolitik mitverdankt. Es widerspricht jedoch dem aufrichtigen Patriotismus, dem Vaterlande in dieser Zeit der Not, wo es um seine Existenz, seine Ehre und sein Dasein kämpft, gleichsam eine Gegenrechnung für geleistete Dienste zu präsentieren. Der Krieg bringt die Menschen einander näher, läßt sie einander besser verstehen, er wird auch die Gegensätze unter den Klassen, wenn nicht auslöschen, so doch stark vermindern. Der siegreiche Feldzug wird mit dem deutschen Wirtschaftsleben auch die sozialen Ideen zu einer neuen Entfaltung bringen.“

Aber auch andere Vorurteile gegen den monarchischen Staat und gegen die bürgerliche Ordnung werden verschwinden müssen, und manche unserer Volksgenossen, die nicht selten auf internationalen Kongressen und Tagungen die Zustände in Deutschland schwarz in schwarz ausgemalt haben und dadurch, wenn auch ungewollt, beizulegen, im Ausland das Vorurteil gegen Deutschland, dem „Sünnen- und Barbarienstaat“, zu stärken, werden umlernen müssen. Manches, was wir im Frieden nicht verstanden und uns schwer erträglich schien, betrachten wir jetzt in einem ganz anderen Lichte. Der Aufmarsch unserer Armees, die vollendete Ausrüstung derselben, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit durchgeführten Operationen zeigen uns den Wert der militärischen Rüstung in Deutschland, der einzig in der Weltgeschichte dasteht, gleichwie die Tapferkeit, die selbstverständliche Hingabe unserer Soldaten, ohne Unterschied des Standes und der Klasse, an die große Sache des Vaterlandes.

### Kriegswucher und Arbeiterforderungen.

Im „Tag“ (Nr. 298 vom 20. Dez. 1914) veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Erzberger einen im allgemeinen sehr zutreffenden Artikel gegen die Kriegswucherer. Nur eine Stelle des Artikels möchten wir ohne Korrektur nicht hingehen lassen, um falschen Anschauungen in der öffentlichen Meinung vorzubeugen. In den Ausführungen Erzbergers heißt es:

„In den letzten Wochen hat sich aber auch die schon kürzlich erwähnte Erscheinung immer breiter gemacht, daß aus verschiedenen Arbeiterkreisen heraus erwähnt worden ist, daß nur dann weitergearbeitet werde, wenn eine Lohnerhöhung von 50-100 v. H. eintrete. Für eine solche Forderung liegt ebenso wenig eine innere Begründung vor wie für künstlich geschaffene Wucherpreise beim Rohmaterial oder Halbfabrikat. Die Arbeiter, die zu Hause Beschäftigung finden, sind noch immer besser daran, als ihre Kollegen, die draußen in der Front stehen.“

Eingefälle sind hier nicht angeführt, sodaß in der Deutlichkeit der Eindruck hervorgerufen werden könnte, daß es sich um häufige Vorkommnisse dieser Art handele. Den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften sind Fälle, wo 50-100 Prozent Lohnerhöhung gefordert wurden, nicht bekannt. Ein derartiges Vorgehen würde auch unter keinen Umständen gebilligt werden, sofern eine unberechtigte Ausnutzung der Kriegslage damit verbunden wäre. Bekannt geworden sind zwei Fälle von der Wasserfante, wo Arbeiter, die aus benachbarten Großstädten kamen, bei militärischen Schanzarbeiten den Tariflohn ihres früheren Domizils verlangten. Ob ein solches Verlangen in jedem Falle berechtigt und durchführbar ist, soll hier nicht entschieden werden, aber erklärlich ist es auf jeden Fall, zumal Arbeitgeberverbände und Arbeiterorganisationen gemeinsam darauf bedacht sind, daß die bestehenden Tarifverträge auch während der Kriegszeit eingehalten werden. In den erwähnten Fällen wurden bei den Schanzarbeiten aber viel niedrigere Löhne wie die tariflich üblichen bezahlt, soweit wir unterrichtet sind, 3,50 M. pro Tag. Daß damit kein Arbeiter, zumal keiner mit Familie und außerhalb seines Wohnortes, auskommen kann, liegt klar auf der Hand. Die Militärbehörden zahlen sonst bei Schanzarbeiten auch wesentlich höhere Löhne, z. B. in Köln 5 M., in Ramur sogar 7 M. pro Tag für ungelernete Arbeiter.

Die vorhin angeführten Fälle von der Wasserfante berechtigen somit keineswegs dazu, den Arbeitern in Zusammenhang mit dem Kriegswucher Vorhaltungen zu machen. Die christlichen Gewerkschaften empfinden es deshalb als ungerechtfertigt, daß die Arbeiter überhaupt bei den sehr angebrachten Protesten gegen die Kriegswucherer mit diesen unläuterer Elementen in eine Linie gestellt werden. Viel naheliegender und notwendiger ist es, gegen die vielen, leider allzuvielen Unternehmer Front zu machen, die die Notlage des Krieges dazu mißbrauchen, die Gehälter und Löhne unberechtigterweise zu kürzen.

### Arbeiterchutz und Krieg.

Der Krieg beeinträchtigt auch unsere Arbeiterchutzbestimmungen. Im Hinblick auf das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 hat der Bundesrat einige derselben bereits außer Kraft gesetzt. Bei der Bereitung von Thomasmehl, ein Nebenprodukt

der Flußeisenindustrie, mußten bisher eine Reihe von Vorschriften beachtet werden, die der Bundesrat 1909 erlassen hat. Im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 sind sie in der Hauptsache abgedruckt. Darunter befindet sich auch die Bestimmung, daß die Mehltransportfässer nicht weniger als 14 Unzen schwer sein dürfen, also von guter Beschaffenheit sein müssen, und daß die Lagerung gefüllter Säcke in anderen als in den Betriebsräumen erfolgen müsse. Diese Bestimmungen sind aufgehoben worden. Infolge des Krieges ist die Beschaffung vorschriftsmäßiger Säcke insolge unmöglicher Zufuhr von Zuteilstoffen beschränkt. So müssen denn auch minderwertige Säcke, die Mehlstaub durchlassen, verwendet werden.

Bei der Herstellung von Bleifarben sind zum Teil recht schwere gesundheitliche Schädigungen der dabei beteiligten Arbeiter festgestellt worden. Auf Grund von Bestimmungen der Gewerbeordnung wurde deshalb bereits 1903 die Beschäftigung von Arbeiterinnen und von Jugendlichen damit nur bedingt gestattet; sie dürfen bei der Bleifarberzeugung der Einwirkung bleihaltigen Staubes oder Gases nicht ausgesetzt sein. Um die gesamte, bei dieser Fabrikation beteiligte Arbeiterchaft zu schützen, waren bereits umfassende Vorschriften ausgearbeitet worden. Diese werden nun nicht in Kraft gesetzt. Die erwähnten Bestimmungen, betreffend die Arbeiterinnen und die Jugendlichen, § 10 Abs. 1, 2 der Bekanntmachung von 1903, bleiben jedoch bestehen und werden bis zum 1. Januar 1917 verlängert.

Wesentlich liegt die Sache bei der Grobbleisindustrie. Die nach langer und mühevoller Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes in Fluß gebrachte Aktion zugunsten eines besseren Arbeiterschutzes ist zum Stocken gekommen. Die bereits bekanntgegebene neue Bundesratsverordnung ist zurückgenommen und vorläufig bis zum 1. Dezember 1915 verlagert worden. Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sollen erst 1916 wieder erscheinen. S. P.

## Kriegsfürsorge der Invalidenversicherungsanstalten.

Die Landesversicherungsanstalten können, wenn sie von sozialem Geiste geleitet sind, mit ihren reichlichen Geldmitteln zur Behebung der Kriegsnot nachdrücklich mitwirken. Erfolgreicherweise ist dies teilweise schon geschehen.

Wie einem Bericht der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zu entnehmen ist, sind, um Erwerbsmöglichkeiten zu bieten, sowohl beschlossene Bauarbeiten weitergeführt, wie auch andere erst für später vorgesehene Arbeiten sofort in Angriff genommen worden. Die für Arbeiterwohnungsbauten, Krankenhäuser, Wasserleitungen bewilligten Darlehen in Höhe von 5-6 Millionen Mark wurden ausgezahlt, um weitere Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Es bedeutet das ein beträchtliches, finanzielles Opfer der Landesversicherungsanstalt, die ihre Darlehen nur mit 3,5 Prozent verzinst bekommt, zur Beschaffung ihrer Gelder aber zum Teil Darlehen gegen Verpfändung ihrer Wertpapiere zu mehr als 6 Prozent aufnehmen muß. Den Kreisen der Rheinprovinz hat sie insgesamt etwa 40 Millionen Mark unter ähnlichen Opfern zur Verfügung gestellt zum Zwecke der Förderung des Gesundheitswesens, zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und gegebenenfalls zur Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern. Der bisherige Betrag für Familien- und Waisenfürsorge wurde um 230 000 M. erhöht, ferner für Unterbringung von Waisenrentenempfängern in Anstalten 300 000 M. bereitgestellt. Dem Zentralkomitee vom Roten Kreuz in Berlin wurden 10 000 M. und dem Roten Kreuz der Rheinprovinz 50 000 M. überwiesen sowie der Versicherungsanstalt Elb-Lothringen ein Darlehen von 2 Mill. M. gewährt. In der Kriegsanleihe wird sich die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz mit einem Betrag bis zu 15 Mill. M. beteiligen. Ferner hat sie ihre Heilstätten der Heeresverwaltung für Verwundetenpflege zur Verfügung gestellt.

Die Landesversicherungsanstalt Oldenburg hat den Betrag von 550 000 M. zur Vinderung der Kriegsnot bereitgestellt. Davon sollen verwendet werden:

1. Für Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung der Familien der zur Fahne einberufenen Versicherten, arbeitsloser Versicherter und ihrer Familien 250 000 M.
2. Zur Versorgung der im Felde Stehenden mit Unterzeug und sonstiger notwendiger Ausrüstung 100 000 M.
3. Zur Fürsorge für Hinterbliebene gesellener Versicherter und Förderung der Kriegsverficherung 60 000 M.
4. Zur Ausrüstung und Unterhaltung eines Vagarettzuges, wenn Zusammengehen mit der Landesversicherungsanstalt Hannover erreichbar, und für anderweitige Fürsorge für vermundete und kranke Soldaten 60 000 M.
5. Zur Deckung der den Betrag von 4 Prozent übersteigenden Zinsen der durch die Vermittlung der Landesversicherungsanstalt oder anderweitig aufgenommenen Darlehen zur Deckung der Kosten von Notstandsarbeiten 60 000 M.
6. Zu außerordentlichen Zuschüssen für Invalidenhauspflege 10 000 M.
7. Zu Zuschüssen an Vereine, welche sich der Kriegswohlfahrtszwecke widmen, und an Gemeinden zu den Kosten von Suppentischen, Krippen und anderen zur Vinderung der Kriegsnot getroffenen Wohlfahrtsanstalten 30 000 M.

Die Landesversicherungsanstalt Bismarck legt besonderen Nachdruck auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diesen wichtigen Zweig sozialer Fürsorge sucht sie dadurch zu betätigen, daß sie



- zur Behebung der Bauertätigkeit und zur Durchführung von Notstandsarbeiten Kapazitäten zur Verfügung stellt, und zwar a) den bei der Invalidenversicherung Versicherten für den Bau von Eigenhäusern und den gemeinnützigen Baugenossenschaften, Gesellschaften und Vereinen, welche die Erbauung von Kleinwohnungen zum Zweck haben — den letzteren zunächst innerhalb ihres schon bestehenden Bauprogramms und zwar auch für schon begonnene oder ausgeführte Bauten — zum Zinssatz von 2,5 Prozent; b) den Gemeinden und Amtsvorständen für gleiche Zwecke und für die Ausführung von Notstandsarbeiten zum Zinssatz von 5 Prozent;
  - den Gemeinden und Amtsvorständen zu den von ihnen ausgeführten Notstandsarbeiten einen Beitrag gibt, der sich nach den auf die Notstandsarbeit aufgewendeten Arbeitslöhnen bemisst;
  - den Gemeinden, welche eine allgemeine Arbeitslosenfürsorge einrichten, einen nach dem Maßstab ihrer eigenen Aufwendungen bemessenen Beitrag gewährt, nämlich in der Höhe von 40 Prozent der ausbezahlten Unterhaltungen. Für die Bewilligung der Gelder für Notstandsarbeiten und der Beihilfen für Arbeitslosenunterstützung sind besondere Grundsätze aufgestellt.
- Es wäre zu wünschen, daß alle Versicherungsanstalten in diesem Sinne zur Linderung der Kriegsnot und Behebung des Arbeitsmarktes beitragen würden.

## Aus unserer Industrie.

### Kriegs-Milliarden für die deutsche Textilindustrie.

Von Dr. sc. pol. Pape-Königsberg i. Pr. \*)

Nahrung und Kleidung gehören zum täglichen Leben. Und gegenwärtig beschäftigt sich die ganze Volkswirtschaft mehr denn je mit diesen Dingen, weil sie bei aller Richtigkeit unseres Heeres die vitalsten Interessen des Volkes berühren. Es verlohnt sich daher, etliche Betrachtungen darüber anzustellen, welche Werte unsere Textilindustrie schafft, und wie sie den gegenwärtig veränderten Verhältnissen entsprechend gerüstet ist.

Unsere Rohmaterialien kommen größtenteils aus dem Ausland. Der Wert der Einfuhr betrug sich im Vorjahre auf über 2300 Mill. M., er geht übrigens schon lange in die Milliarden. Die Einfuhr der bearbeiteten tierischen und pflanzlichen Spinnstoffe und Waren daraus machte allein 900 Mill. M. aus. Rohseide, künstliche Seide und Seidenge spinne 225 Mill. M., Kammgarn 70 Mill. M., Baumwolle 190 Mill. M., Ge spinne daraus 104 Mill. M., Waren aus Baumwollge spinnen, also dicke Gewebe für Möbel usw., 60 Mill. M. usw.

#### die bisherigen Produktionswerte in der Textilindustrie

hielten die reichsstatistischen Erhebungen der letzten zehn Jahre, die uns jetzt sehr zufließen kommen. Sie erstrecken sich bisher auf fast alle Betriebszweige, Baumwollspinnereien, Zwirnereien, Flach- und Leinwandspinnereien, Seidenwebereien, auf Wirkwaren, Posamenten usw. Ueber 400 vorhandene Baumwollspinnereien (einschl. Bigogne-Spinnereien) hatten eine Jahreserzeugung im Werte von 600 Mill. M. Die 40 Flach- und Webereispinnereien mit ihren 280000 Spindeln eine solche im Werte von 62 Mill. M. Die Zutespinnereien schafften für 80 Mill. M. Werte. Von 400 Seidenwebereien werden für ca. 150 Mill. M. Wertmengen produziert. Ebenso bedeutend sind die Betriebsergebnisse bei der Herstellung von Kunstwolle, wollenen und halbwollenen Kleiderstoffen usw.

Die Fabrikation von Tuch, Buckskins, Flanellen u. dgl. hatte im Vorjahre einen Verkaufswert von einer halben Milliarde Mark. Rechnen wir dazu die Werte der Seidenwebereien mit 200 Mill. M., die Erzeugung an Schappe mit 3 Mill. M., die Erzeugung an Bindfäden, Seilwaren, Nähgarn und Nähzwirnen mit einem Verkaufswert von 400 Mill. M., die Produktionsergebnisse an Kammgarn auf 300 Mill. M. und endlich die Erzeugung an Baumwollwaren mit 450 Mill. M., so erhalten wir

Werte, die sich schon bisher auf ca. 5 Milliarden Mark belaufen.

Befolgt man nun alle Vorgänge des politischen Lebens mit denen des Arbeitsmarktes und der Produktionsstatistik der schaffenden Industrie, so kommt man zu interessanten Ergebnissen gerade in der gegenwärtigen Zeit.

Würden wir alle veredelten Waren ausführen, so behielten wir nur den Verdienst im Lande. Aber wir schaffen auch dauernde Werte und Vorräte, bereichern dadurch den Nationalwohlstand und geben Millionen an von Arbeitern Lohn und Brot.

Unsere bisherige Ausfuhr machte nur einen Teil unserer Produktionswerte aus. Sie betrug im Vorjahre insgesamt 4 1/2 Milliarden M. im Werte von 1 1/2 Milliarden Mark. Darunter waren Waren aus Seide für 200 Mill. Mark, Ge spinne aus Wolle und Warr daraus, darunter auch Möbel- und Kleiderstoffe, Wirkwaren usw. für 340 Mill. M., bearbeitete Baumwolle, Samt, Wusch, Spitzenstoffe, Unterleider und Socken für 500 Mill. M. und Waren aus Ge spinnen von Spinnstoffen, darunter Kleider und Putzwaren, Mäntel, Hüsen, Leibwäsche usw. für 30 Mill. M.

Während wir also Rohstoffe für 2300 Mill. M. einführen und daraus Textilwaren für 5 Milliarden Mark herstellen — der Marktwert ist auf ca. 8 Milliarden Mark zu schätzen —, gehen davon nur 1 1/2 Milliarden ins

Ausland. Wir behalten demnach das meiste im Inland für den täglichen Gebrauch bzw. als Vorräte.

In diese Wirtschaftsweise ist jetzt eine Verschiebung der Verhältnisse eingetreten, indem der Bedarf in Artfellen, die mehr dem Luxus dienen, wie Putzwaren, Spitzen, Möbelstoffe, Seidenzeugnisse, Posamenten usw., nachgelassen hat, dafür aber in Militärtüchern, Wollwäsche, schweren Spinnstoffen (Decken) u. a. gestiegen ist. Die Kriegsbekleidungsämter haben bis jetzt bereits Uniformstücke im Werte von einigen Milliarden Mark geschaffen. Ein einziges Kriegsbekleidungsamt z. B. beschäftigt mehr als zwölf kriegsstarke Kompagnien Schneider täglich mit der ununterbrochenen Herstellung von Mänteln, Röcken, Hosen usw. Außerdem sind noch verschiedene Aufträge besonderer Art dem freien Gewerbe zur Ausführung übertragen. Im ganzen Deutschen Reiche sind die Heereslieferungen derart organisiert, daß alle leistungsfähigen Betriebe der Textilindustrie, auch des Kleingewerbes, dabei Berücksichtigung finden sollen. Ein großes Kriegsbekleidungsamt fordert zwecks Einkauf warmer Unterleider besonders die kleinen Geschäftsleute auf, ihre vorräthigen Waren zum Verkauf anzubieten, auch wenn nur kleine Mengen geliefert werden können. Neuerdings ist, wie schon mehrfach berichtet, in Berlin für die Dauer des Krieges ein Bekleidungsbeschaffungsamt errichtet, das den vom 1. Februar 1915 ab eintretenden Bedarf an Bekleidungsgegenständen jeder Art deckt.

Bei der Beschaffung der Liebesgaben ist die Textilindustrie ebenfalls stark beteiligt.

Der auf besondere Anregung der Kaiserin und in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Kriegsministeriums gebildete „Kriegsaussschuß für warme Unterleider“ in Berlin hat bisher dank der opferwilligen Unterstützung vieler Kreise für über 17 Mill. M. Wollwaren an die Front führen können. Zahlreiche Garnison-Verwaltungen haben Aufforderungen an solche Firmen ergehen lassen, die wollenen oder halbwollenen Decken für den Kasernen- oder Lazarethhaushalt liefern können. Den Angeboten ist ein Zeugnis der zuständigen Handelskammer beizufügen, daß die Firma dem betreffenden Warenzweige angehört, leistungsfähig und zuverlässig ist. Bei mehreren Landwirtschaftskammern sind Wollverwertungsstellen errichtet.

Vom Bundesrat sind aus Anlaß des Krieges weitere wirtschaftliche Maßnahmen getroffen. Zunächst ist im Interesse der Heeresverwaltung eine Kriegsgroßstoffabteilung errichtet. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Wolle und Militärtücher ist erfolgt. Der auf Anregung und unter Mitwirkung der Reichsämter des Innern und Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe gebildete Ausschuß für Konfektions-Notarbeit beschäftigte bisher 3200 Arbeiterinnen mit Arbeiten der Kriegszeit.

Es werden also vielfach neue Werte geschaffen, an die in Friedenszeiten nicht zu denken ist.

Sie beziffern sich jetzt bereits auf über 6 Milliarden Mark. Die vereinigten Tuchfabriken und Spinnereien, die den Bedarf der Kriegsbekleidungsämter zu decken haben, können gar nicht so viel liefern, wie gebraucht wird, weil mancherlei Schwierigkeiten auftreten, die zunächst behoben werden müssen.

Wir haben bisher in 43-jähriger Friedensarbeit fast 50 Milliarden Mark für die Ausrüstung des Heeres aufgewendet, jetzt nach der Mobilmachung bereits neue Werte von annähernd 6 Milliarden geschaffen und werden noch weitere Millionenvermögen der Volkswirtschaft zuführen können. Gerüstet sind wir dazu.

## Aus dem Verbandsgebiete.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

**M. Gladbach.** Bei Gelegenheit einer Vorsitzendenkonferenz für den Sekretariatsbezirk M. Gladbach, auf welcher die Maßnahmen während der Kriegszeit besprochen wurden, zeigte sich, daß sich die Ortsgruppenleitungen den örtlichen Verhältnissen entsprechend vielseitig betätigt hatten. Zum Teil hatten sie sich den gebildeten Hilfsämtern angeschlossen. Andere hatten durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder durch sonstige Umstände in Not geratene Mitglieder unterstützt und auf diese Weise notlindernd gewirkt. Neben dieser Unterstützung war auch der im Felde stehenden Mitglieder gedacht worden, welchen Liebesgaben gesandt wurden. Im ganzen war aus den Ortsgruppenfassungen die Summe von 1462 Mark für diese Liebestätigkeit verwandt worden. Trotz der vielen Arbeiten, welche mit der Liebestätigkeit verbunden, war auch fleißig an der Belehrung und Aufklärung der Mitglieder gearbeitet worden. In diesem Zwecke wurden über 16 Versammlungen und zwei Kommissionsitzungen berichtet. Bei diesen Gelegenheiten wurde manches Vorurteil behoben und auch viele schiefe Ansichten beseitigt.

Eine Rundfrage ergab ferner, daß die Zahl der zur Fahne embeizenen in 13 Ortsgruppen 574 betrug. Von diesen waren 17 den Helden des Vaterland gestorben. Das Andenken dieser Helden werden wir in Ehren halten.

**Mülhausen i. Elz.** Infolge des Kriegsausbruchs war die Vornahme einer Versammlung für unsere Ortsgruppe längere Zeit nicht möglich gewesen. Standen wir doch im Grenzland unter den schärferen Bestimmungen des Belagerungszustandes; später kamen dann die feindlichen Invasionen. All dies traf unsere Bewegung hier weit schwerer, als dies schließlich anderswo der Fall sein dürfte. Nun hat man aber die Mitglieder leistungsfähig wieder zu einer Versammlung zusammengeführt. Bisher erwartete wurde der Besuch derselben ein außerordentlich starker. Das war wieder einmal so die rechte Versammlungsbegeisterung, wie wir sie in normaler Zeit schon lange nicht mehr verzeichnen konnten. Kollege Bilger gab eine übersichtliche Darstellung über die gegenwärtige Lage und erläuterte die Fürsorgemaßnahmen in unserm Verbandsgebiet während der Kriegszeit. Die Mitglieder gewannen hierbei die Ueberzeugung, daß gerade unser Verband nach bestem Können und mit der weitesten Umsicht der gegenwärtigen Lage gerecht zu werden versucht, was ihm von wenigen anderen Verbänden, speziell auch vom Konkurrenzverband nachgemacht worden ist.

Kollege Bilger wies dann auf die Verpflichtungen hin, die man gegenüber diesen weitgehenden Bemühungen dem Verbande moralisch schuldet. Wenn auch die Notlage hier der vertriebenen Umstände wegen eine größere sein wird als sonst, so darf die gewerkschaftliche Opferfreudigkeit doch nicht so ganz im Hintergrund treten. Nach der begeisterten Stimmung der Versammlung zu schließen, wird jetzt für die Folge unsere Ortsgruppe in dieser Beziehung wohl nicht an letzter Stelle stehen. Einige weitere Aufklärungen wurden dann noch gegeben über die Kriegsführung unserer Stadt. Den Mitgliedern wurde anheimgestellt, in allen Fragen, in welcher sie bei der gegenwärtigen Zeit des Rates und Bestandes berühren, sich vertrauensvoll an unser Sekretariat zu wenden.

Ein Versammlungsbeschluß sicherte dann noch sämtlichen unter der Fahne stehenden Kollegen unserer Ortsgruppe die Zusendung eines Weihnachtspaketchens.

## Literarisches.

**Ein Kriegskalender.** Eine Gabe des Verlages Berliner Stadtmision wird vielen Soldaten willkommen sein: die Kriegsausgabe des bekannten Kalenders „Schwarz-Weiß-Rot“, an der Männer wie Stuhmann, Mahling, Weichert mitgearbeitet haben. Der Beitrag „Der Kaiser und der Krieg“ ist besonders lesenswert. Der Kalender kostet bei guter Ausstattung mit vielen Bildern nur 10 Pfg. (von 100 Stück an nur 7 Pfg.). Er eignet sich übrigens auch zur Verbreitung daheim als ein rechter nationaler, christlicher und im besten Sinne sozialer Volkskalender.

## Ehren-Tafel.



### Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Josef Bertels aus Coesfeld.  
Wilh. Bongartz aus Wegberg.  
Herm. Bürger aus Emsdetten.  
Leo Steinke aus Schiffbeck.  
Wilh. Merten aus Lobberich.  
Josef Reuter aus Euskirchen.  
Gust. Kralemann aus Jöllenbeck.  
Joh. Kollmann aus Friedberg i. Bay.  
Konr. Küppers aus Myhl.  
Alfons Kleine aus Barmen.  
Edm. Hardt aus Aachen-B.  
Heinr. Wilmskötter aus Gütersloh.  
Otto Rehage aus Gütersloh.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

## Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Josef Regh I. aus Stotzheim.  
Aug. König aus Emsdetten.  
Martina Biesenberger aus Kottern.  
Rudolf Felbeck aus Dahlihausen.  
Joh. Leuchtenberg aus Crefeld.  
Konr. Dapper aus Holt b. M.-Gladbach.  
Heinr. Jansen aus Crefeld.  
Hendrik Eilers aus Losser.

Ehre ihrem Andenken!

## Versammlungskalender.

**Cottbus.** 9. Januar, 1/9 Uhr, wichtige Branchenbesprechung für Tuchweber im Evangl. Vereinshaus, Sprockstraße.  
**Cottbus.** 23. Januar, 1/9 Uhr im Evangl. Vereinshaus.  
**Forn.** 26. Januar, 1/9 Uhr, bei Grafmann, Gerberstraße.  
**Odenkirchen.** 17. Januar, 10 Uhr, Generalversammlung im Lokale „Deutsches Eck“.  
**Sommerfeld.** 24. Januar, 8 Uhr, Vortragabend bei Ertel's, Wilhelmstraße.  
**Rheinbach.** 17. Januar, 10 Uhr, bei Böcker, oben, Generalversammlung.  
**Rheydt.** 10. Januar, 10 Uhr, bei Alb. Paffen, Generalversammlung.  
**Spremerberg.** 9. Januar, 1/9 Uhr, bei Hofmann.

## Inhaltsverzeichnis.

Vertrauen! — Artikel: Rückblick und Ausblick. — Die Arbeiterschaft und das Kriegsziel. — Soziale Kriegsmassnahmen. — Zehn Kriegsgelübte. — Allgemeine Rundschau: Der Krieg als Zeichen. — Kriegswucher und Arbeiterforderungen. — Arbeiterkrieg und Krieg. — Kriegsfürsorge der Invalidenversicherungsanstalten. — Aus unserer Industrie: Kriegs-Milliarden für die deutsche Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: M. Gladbach. — Mülhausen. — Literarisches. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

\*) Im „Konfektionär“.